



7. Jahrgang • Nr. 45

Juli 2008

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Martin Dörmann: Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie – 9 Punkte für einen Stimmungsaufschwung der SPD

WAHLKREIS

- 4 Veranstaltung mit Heidemarie Wieczorek-Zeul zur Entwicklungs- und Einwanderungspolitik am 10. September
- 4 Bundestag sichert Finanzierung des Europäischen Transschall-Windkanals in Lind
- 4 Öffnungszeiten der Büros in der Ferienzeit
- 5 Diskussion um zukünftige Anteile am Flughafen Köln/Bonn
- 5 Kalker Abiturient nahm an „Jugend und Parlament“ in Berlin teil
- 5 Porzer SPD trauert um Günter Müller

BUNDESTAG

- 6 Beschluss der SPD zur Altersteilzeit
- 7 Klimaschutz kommt voran – Gesetzesbeschlüsse zum Integrierten Energie- und Klimapaket (IEKP)
- 9 Ergebnisse des Koalitionsausschusses
- 10 Ausbildungsbonus beschlossen
- 11 Aktionsplan der SPD gegen Kinderarmut
- 12 Gastbeitrag von Uwe Beckmeyer, MdB zur Bahnreform
- 14 Das neue Steuer- und Abgabenkonzept der SPD – Fragen und Antworten
- 15 SPD-Papier „Aufstieg und Gerechtigkeit. Impulse für Deutschlands Zukunft“

BUCHVORSTELLUNG

- 16 „Zwei Schwestern in Europa“: Unser Mitarbeiter Dr. Marc Drögemöller vergleicht in seinem neuen Buch deutsche und niederländische Sozialdemokratie

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 17 Vorgestellt: Andrea Nahles

INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



SPD-Aktionsplan gegen Kinderarmut

Mit den zehn Handlungsansätzen will die SPD auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut unternehmen (Artikel auf Seite 11)

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 24.6.2008

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie!

9 Punkte für einen Stimmungsaufschwung der SPD

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist schon paradox: die Gesellschaft in Deutschland und ihre Werte sind zutiefst sozialdemokratisch geprägt. Und doch leidet die SPD seit einiger Zeit unter einem bedenklichen Umfragetief.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Mit der Linkspartei ist uns eine Konkurrenz erwachsen, die sich im Westen zu einem großen Teil aus früheren Mitgliedern und Stammwählern rekrutiert, die der Reformpolitik der „Agenda 2010“ kritisch gegenüberstehen. Gleichzeitig ahmen fast alle Parteien inzwischen mehr oder weniger sozialdemokratische Inhalte nach, so dass eine mobilisierende Profilierung für die SPD schwieriger geworden ist als früher.



Hinzu kommt, dass unsere Partei mehr als andere unter einer sehr kritischen Allgemeinstimmung in der Bevölkerung leidet. Die Menschen haben mehrheitlich das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft nicht gerecht zugeht und sie vom Aufschwung nicht persönlich profitieren – trotz relativ hohem Wirtschaftswachstums, deutlich gesunkener Arbeitslosigkeit und inzwischen wieder stärker steigender Löhne. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt eine Reihe von Skandalen in einzelnen Wirtschaftsunternehmen und völlig überzogene Gehaltssteigerungen und Abfindungen für Spitzenmanager, die das Vertrauen in unsere soziale Marktwirtschaft aushöhlen. Tatsächliche Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik werden deshalb subjektiv weniger wahrgenommen. Auch die Union hat vor diesem Hintergrund mit schlechten Meinungsumfragen zu kämpfen.

Das gegenwärtige Umfragetief bedeutet aber noch lange nicht, dass die SPD ihren Charakter als Volkspartei verliert. Dafür ist unsere Substanz viel zu groß. Der Abstand zwischen SPD und Union war zudem unter Schröders Zeiten teilweise sogar größer und konnte bei der letzten Bundestagswahl fast vollständig aufgeholt werden. Aber wahr ist: die Zeiten, in denen die meisten Wählerinnen und Wähler langfristig an eine Partei gebunden bleiben, sind wohl endgültig vorbei. Alle Parteien sind in ihren Ergebnissen stark stimmungabhängig.

Wie kann es nun gelingen, die Stimmung für die SPD wieder positiver zu gestalten und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen? Ich sehe vor allem 9 Punkte, die zu einem Wiedererstarken der Sozialdemokratie führen können:

1. Regierungserfolge offensiv darstellen

Die SPD wird in der Öffentlichkeit als Regierungs-

partei unter Wert gehandelt. Obwohl wir uns in der Großen Koalition in weit mehr Punkten durchgesetzt haben als die Union (weshalb die Kanzlerin in ihrer Partei zunehmend Ärger bekommt) ist der öffentliche Eindruck oft ein anderer. Das liegt zum einen daran, dass die Medien vor allem die Streitthemen (negativ) kommentieren, bei denen eine Einigung nicht möglich war, während einvernehmliche Beschlüsse nebenher laufen. Das verzerrt das Bild. Zum anderen kann aber auch die SPD insgesamt durch eine offensivere Darstellung dazu beitragen, die Erfolge kenntlicher zu machen. Ob bei den Themen Arbeitsmarkt, Finanzen, Familie, Bildung oder Klimaschutz: in den meisten Politikfeldern konnten wir klare sozialdemokratische Akzente setzen.

2. Politische Kultur der Argumente fördern

In unserer Mediengesellschaft werden politische Meldungen leichtfertig skandalisiert, während die Komplexität politischer Entscheidungen ständig wächst. Allzu oft reagieren die Parteien auf eine oberflächlich geführte öffentliche Debatte mit zusätzlicher Polemik, um die Konkurrenz zu verunglimpfen und in den Medien Gehör zu finden. Der neue Bundesverfassungsrichter Andreas Voßkuhle hat deshalb zu Recht eine politische Kultur des Arguments angemahnt. Gerade eine langjährige Regierungspartei wie die SPD ist darauf angewiesen, dass Fakten und Argumente gehört werden.

3. Sich in der Großen Koalition profilieren – aber mit einem sachlichen Umgangston

Die Menschen in Deutschland haben meist den Eindruck, dass es innerhalb der Großen Koalition nur Zoff gibt, obwohl man tatsächlich über weite Strecken durchaus zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gefunden hat. Die Koalitionspartner haben in der Vergangenheit durch gegenseitige polemische Attacken selbst zu diesem negativen Bild beigetragen. Selbstverständlich muss man sich gerade in einer Großen Koalition auch gegeneinander profilieren, zumal diese sowohl bei Union als auch SPD das ungeliebte Kind einer Zwangsehe ist. Aber es kommt auf den Ton an. Durch gegenseitiges Herunterreden der Erfolge stärkt man am Ende nur die Opposition.

Hinzu kommt: Niemand kann (und sollte) heute ausschließen, dass es auch nach der nächsten Bundestagswahl eine Große Koalition geben könnte – wenn es nämlich erneut zu anderen Konstellationen aufgrund des Wahlergebnisses oder tiefer gehender Meinungsunterschiede nicht reicht.

4. Glaubwürdige Haltung zur Linkspartei konsequent und gelassen umsetzen

Der Umgang mit der Linkspartei fällt der SPD zwangsläufig schwer. Schließlich ist diese mehr oder weniger explizit gegen die SPD gegründet worden. Und einige ihrer Mitglieder waren früher selbst Sozialdemokraten. Die SPD darf es nicht tatenlos zulassen, dass die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei für immer verloren sind und langfristig nur noch Große Koalitionen oder Koalitionen ohne die SPD möglich sein könnten. Deshalb müssen wir sie möglichst zurückgewinnen. Wenn dies mittelfristig nicht gelingt, kommt es darauf an, ob sich die Linkspartei zu einer seriösen Partei entwickelt, die auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Dann (und nur dann) wird man eine Zusammenarbeit nicht grundsätzlich und für alle Zeiten ausschließen können. Das muss man auf den unterschiedlichen Ebenen von Fall zu Fall entscheiden, auch wenn es kompliziert ist.

Umso wichtiger bleibt, dass die Wählerinnen und Wähler immer vor einer Wahl Bescheid wissen müssen, was grundsätzlich möglich ist und was nicht. Deshalb war das Beispiel Hessen so fatal, wo Andrea Ypsilanti sich nicht an ihr vor der Wahl gegebenes Wort halten wollte. Ich denke, für alle war der erlittene Glaubwürdigkeitsverlust ein abschreckendes Beispiel, aus dem man lernen wird.

Im Bund gilt, mit Sicherheit auch nach der nächsten Bundestagswahl: mit der Linkspartei ist keinerlei Regierungszusammenarbeit möglich. Weil die inhaltlichen Positionen zu weit auseinander liegen und Die Linke sich dort bewusst als reine Protestpartei geriert. Das bedeutet aber nicht, dass man jedes Mal einen Aufschrei machen muss, wenn einzelne Abgeordnete miteinander sprechen. Mehr Gelassenheit kann dazu beitragen, der Linkspartei ihren Nimbus als etwas Einzigartiges zu nehmen, wovon sie derzeit eher profitiert. Stattdessen sollte man ihre Inhalte glasklar kritisieren.

5. „Agenda 2010“ differenziert weiterentwickeln

Dreh- und Angelpunkt der öffentlichen Debatte über die SPD ist meist die Politik der „Agenda 2010“. In der Gesellschaft wie in der SPD gibt es hierüber unterschiedliche Auffassungen. Dabei hat selbst Gerhard Schröder deutlich gemacht, dass die Agenda 2010 nicht die 10 Gebote sind.

Die SPD sollte die Erfolge der Agenda 2010 selbstbewusst herausstellen, etwa ihren Beitrag zu dem guten Wirtschaftswachstum, dem enormen Abbau der Arbeitslosigkeit aber auch zu der stärkeren Hinwendung zu den Themen Familie, Betreuung, Bildung und Forschung. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Politik, von den Menschen als ungerecht empfundenen Maßnahmen selbstkritisch zu hinterfragen. Es war deshalb richtig, einzelne Korrekturen vorzunehmen, ohne dabei die große Linie zu verlassen. Die Beschlüsse des Hamburger Bundesparteitages der SPD sind eine gute Grundlage zu einer differenzierten Entwicklung, die angemessen ist.

6. Sozialdemokratische Inhalte geschlossen vertreten

Das Ansehen einer Partei hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie als einig oder zerstritten wahrgenommen wird. Die SPD muss alles daran setzen, sozialdemokratische Inhalte auf allen Ebenen geschlossen zu vertreten. Unsere lebhaft Diskussionskultur ist einerseits eine Stärke. Sie darf am Ende aber nicht verdecken, dass wir in den wesentlichen Inhalten einig sind als etwa die Union.

7. Starkes Führungsteam präsentieren

Zu einer guten Politik gehört eine überzeugende Führungscrew, die diese gemeinsam vertritt. Insofern hätte in der SPD in den letzten Monaten sicher einiges besser laufen können. Ich gehe aber davon aus, dass man nun noch stärker an einem Strang zieht und dies auch nach außen entsprechend dokumentiert. Kurt Beck hat unsere solidarische Unterstützung als Parteivorsitzender, der zusammenhält. Und Frank-Walter Steinmeier ist ein starker Vizekanzler und Außenminister. Im Team mit anderen werden sie gemeinsam erfolgreich sein. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Kanzlerkandidatenfrage rechtzeitig zu einer guten Lösung gebracht wird. Darüber muss man jetzt überhaupt nicht weiter spekulieren, auch wenn es ein Lieblingsthema der Medien ist.

8. Die ganze Breite des Spielfelds nutzen

Die SPD war in Wahlkämpfen immer dann stark, wenn es ihr gelang, Stammwähler zu mobilisieren und gleichzeitig Wechselwähler der Mitte für sich zu überzeugen. Das muss (und wird) sich auch im zukünftigen Wahlprogramm widerspiegeln.

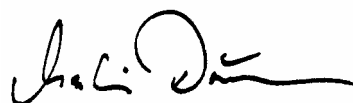
9. Menschen überzeugen

Die SPD ist nicht ohne Fehler und Widersprüche. Aber sie bleibt die Partei, die *wirtschaftliche Dynamik*, *soziale Gerechtigkeit* und *ökologische Nachhaltigkeit* am besten miteinander verbindet. Es geht uns darum, die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft zurückzudrängen und zugleich ihre wirtschaftliche und ökologische Zukunftsfähigkeit zu sichern. Deshalb stehen wir für eine innovative Wirtschaft, stärkere Investitionen in den Klimaschutz sowie die Köpfe unserer Kinder und ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem, bei dem die Starken mehr schultern müssen als die Schwachen.

Wenn es uns gelingt, die Wählerinnen und Wähler von unseren politischen Konzepten zu überzeugen und dabei unsere eigenen Positionen selbstbewusst und geschlossen vertreten, werden wir wieder erfolgreich sein. Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie!

Herzlichst

Ihr



Entwicklungs- und Einwanderungspolitik

Vortrag und Diskussion mit:

Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB

Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Mittwoch, 10. September 2008, 17:00 Uhr

Landschaftsverband Rheinland, Horion-Haus, Raum Rhein/Ruhr,
Hermann-Pünder-Straße 1, 50679 Köln-Deutz



Heidemarie Wieczorek-Zeul

Bundestag sichert Finanzierung des ETW in Porz-Lind

Martin Dörmann hatte sich mehrfach für die Weiterförderung des Europäischen Transschall-Windkanals (ETW) durch Bundesmittel eingesetzt

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung vom 20. Juni 2008 einer Weiterförderung des Europäischen Transschall-Windkanals (ETW) in Porz-Lind zugestimmt. Ursprünglich sollte die Förderung Ende 2008 auslaufen.

Nun sollen im Haushalt 2009 bis zu 480.000 Euro veranschlagt werden, das ist sogar deutlich mehr als noch 2008 (295.000 Euro). Auch die Erstattung der Strom- und Energiesteuerbeträge wird fortgeführt. Zudem wurde die Bundesregierung aufgefordert, eine Planung zu erstellen, wie die Entwicklung der Hochtechnologie-Infrastruktur langfristig sichergestellt werden kann.

Die derzeit 35 Mitarbeiter und die Verantwortlichen des ETW wie Geschäftsführer **Dr. Guido Dietz** begrüßen diesen Beschluss sehr, da sie angesichts einer nicht immer sicheren Marktlage weiterhin die Notwendigkeit einer teilweisen Mitfinanzierung durch Bundesmittel sehen, auch wenn die weiteren Prognosen positiv sind.

Der stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Martin Dörmann** hatte sich im Bundestag wiederholt für die Fortsetzung der Förderung eingesetzt:

„Ich freue mich, dass der Einsatz für die finanzielle Sicherung des ETW erfolgreich war. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Finanzierung des ETW über das Jahresende 2008 gesichert und will eine langfristige Entwicklung ermöglichen. Somit hat das europäische Projekt auch weiterhin eine sichere finanzielle Grundlage und eine gute Perspektive. Die weitere Förderung lohnt sich, weil der ETW eine echte

Erfolgsgeschichte geworden ist und Deutschland großen technologischen Gewinn bringt. Ich bin froh, dass der Wind noch lange durch den Porzler Windkanal rauschen wird.“

Hintergrund: Was ist der ETW?

In Porz-Lind ist etwas angesiedelt, was es weltweit sonst nur noch bei der NASA in den USA gibt: ein Windkanal, mit dem man Flugzeugmodelle im Gegensatz zu herkömmlichen Windkanälen umfassend zu absolut realistischen Bedingungen testen kann: den Europäischen Transschall Windkanal (ETW).

In dem riesigen Windkanal werden Flugzeugmodelle auf ihre Flugeigenschaften getestet, zum Beispiel für Airbus. Ein Modell ist ca. 1,5 Meter lang, besteht aus speziellem Stahl und kostet mit allem „drum und dran“ etwa 500.000 Euro. Sensoren im Modell geben bei den Tests Aufschluss darüber, wie sich ein realer Jet im Flugbetrieb verhalten würde. Da die wirklichkeitsnahen Werte nur bei extrem niedrigen Temperaturen gemessen werden können, stellt sich den Ingenieuren ein großes Problem: Wie kühlt man den Wind in der Anlage auf Werte unter minus 156 Grad Celsius? Die Lösung heißt „flüssiger Stickstoff“ – und den verbraucht der Windkanal in riesigen Mengen. Mit der elektrischen Leistung, die für die „Windmaschine“ gebraucht wird, könnte man eine Kleinstadt erleuchten. In Porz-Lind arbeiten derzeit 35 Mitarbeiter, zusätzlich werden in der Region Köln etwa 40 Beschäftigungsverhältnisse indirekt gesichert.

Das 1988 gegründete internationale Unternehmen ETW ist eine GmbH mit vier Gesellschaftern: neben Deutschland mit dem DLR als Mitgesellschafter sind Großbritannien, Frankreich und die Niederlande beteiligt.

In der **Ferienzeit** sind das **Bürgerbüro Porz** und das **Bürgerbüro Köln** (Innenstadt) vom 21. Juli bis 8. August geschlossen. Das **Bürgerbüro Kalk** ist vom 28. Juli bis 8. August geschlossen. Das **Berliner Büro** bleibt geöffnet. Im Übrigen gelten die normalen Öffnungszeiten (siehe Homepage).

Diskussion um zukünftige Anteile am Flughafen Köln/Bonn

Martin Dörmann: Die Gesellschafter müssen zügig eine gute Entwicklung des Flughafens sicherstellen – das Land darf eine kommunale Lösung nicht blockieren

Die überraschende Ankündigung des Landes, seine Anteile am Flughafen Köln/Bonn an Private veräußern zu wollen, ohne eine Mehrheit der öffentlichen Hand zu ermöglichen, darf so nicht stehen bleiben. Die zukünftige Anteilsstruktur muss sicherstellen, dass der bestimmende Einfluss der öffentlichen Hand gewahrt bleibt. Gleichzeitig müssen die Verhandlungen mit dem Bund über die Höhe der Erbbauzinsen und den Kauf des Flughafengrundstückes durch die Flughafen Köln/Bonn GmbH zu einem positiven Abschluss gebracht werden.

Die Gesellschafter müssen sich jetzt zügig an einen Tisch setzen und gemeinsam eine gute Lösung für die Entwicklung des Flughafens Köln/Bonn erarbeiten. Der Flughafen braucht angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation schnell Planungssicherheit – gerade auch im Interesse der 12.500 Beschäftigten, die direkt am Flughafen hängen.

Öffentliche Verkehrsinfrastruktur wie der Flughafen ge-

hört in öffentliche Hände. Die Beschäftigten und Anwohner haben in der Vergangenheit hiervon in vielfältiger Weise profitiert. So hat der Flughafen Köln/Bonn in den vergangenen Jahren 80 Millionen Euro für Lärmschutzmaßnahmen ausgegeben, zu denen er gesetzlich nicht verpflichtet war, und bietet seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern faire Löhne, gerade auch im Bereich der Geringqualifizierten. Deshalb darf es nicht zu einem bestimmenden Einfluss privater Investoren kommen, die in erster Linie am Gewinn interessiert sind. Zudem ist der Flughafen für die gesamte Region ein Jobmotor von strategischer Bedeutung. Ich unterstütze daher die Pläne der Stadt Köln, selbst Mehrheitsanteilsseigner zu werden. Bei den beteiligten Kommunen ist der Flughafen in guten Händen. Sie garantieren, dass öffentliches Interesse vor Gewinnmaximierung geht und der Dreiklang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Beschäftigungssicherung und Lärmschutz gewahrt bleibt. Die Landesregierung sollte ihre Blockade einer kommunalen Lösung aufgeben.

Kalker Abiturient bei „Jugend und Parlament“ in Berlin

Auf Einladung von Martin Dörmann „übte“ Oliver Mersmann Parlamentarismus

308 Teilnehmer des Planspiels "Jugend und Parlament" nahmen vom 31. Mai bis zum 3. Juni 2008 die Plätze der Abgeordneten im Plenum des Bundestages ein. Die Jugendlichen spielten fiktive Gesetzgebungsverfahren an Originalschauplätzen im Reichstagsgebäude und Paul-Löbe-Haus durch. Auf Einladung seines Wahlkreisabgeordneten **Martin Dörmann** nahm **Oliver Mersmann** (20) teil, Abiturient und Juso-Vorsitzender in Kalk. Hier sein **Erfahrungsbericht**:

„Schon im ICE auf der Fahrt von Köln nach Berlin traf ich mit anderen Teilnehmern der Planspiel-Woche zusammen und wir begannen gleich heiß miteinander zu diskutieren. Im Bundestag angekommen, wurde jedem Teilnehmer zunächst einmal eine Partei und eine Rolle zugewiesen, denn in erster Linie ging es nicht darum, die eigene politische Meinung einzubringen und zu vertreten, sondern Ziel war es, die Arbeitsweise des Bundestages zu erlernen. So durften alle in den Plenarsaal, der für Besucher normalerweise nicht zugänglich ist.

Mich traf bei dieser Auslosung dann das Schicksal, ein Grüner zu sein, genau genommen ein Alt-68er und Gründungsmitglied der Grünen namens Richard Stern. Der Abgeordnete Richard Stern wurde dann im Verlauf des nächsten Tages zum haushaltspolitischen Sprecher gewählt und beriet im Haushaltsausschuss über die Kosten der Abschaffung der Wehrpflicht. Ich nahm auf dem Stuhl einer Grünen Platz, die im echten Leben Parteivorsitzende ist: Claudia Roth.

Als Grüner setzte ich mich natürlich für die Abschaffung der Wehrpflicht ein (wie im echten Leben auch), allerdings scheiterte unser Antrag an der Fraktionsdisziplin der Großen Koalition, denn in der SPD hatte es zuvor heiße Debatten gegeben. Schlussendlich wagte es aber niemand, die Große Koalition und damit die Regierungsbeteiligung aufs Spiel zu setzen.

Alles in allem wurde das Projekt von einer absolut professionellen Atmosphäre begleitet, in der man zudem viele nette Jungpolitiker aller Parteien kennen lernte, was natürlich einen regen Austausch politischer Meinungen

und Themen beförderte.



Oliver Mersmann (r.) mit Martin Dörmanns Berliner Büroleiter Stefan Stader vor dem Reichstag

Es sei noch gesagt, dass diejenigen, die sich darüber beklagen, dass die Abgeordneten im Deutschen Bundestag ja sowieso nichts tun, eigentlich einmal eine Sitzungswoche im Bundestag verbringen sollten. Unser Tag begann mit dem Frühstück um 06.45 und dauerte offiziell bis 22 Uhr, meist sogar noch länger, weil man oftmals mit den anstehenden Themen in der Fraktion einfach nicht fertig wurde.“

Die SPD trauert um ihr langjähriges Mitglied **Günter Müller**, der im Alter von 67 Jahren viel zu früh **verstorben** ist. Der Journalist hat sich intensiv für die Aussöhnung nach dem 2. Weltkrieg eingesetzt und zuletzt die Homepage der Porzer SPD betreut. Wir werden seine zapackende und zuverlässige Hand sehr vermissen.

Beschluss der SPD zur Altersteilzeit

SPD will für mehr flexible Übergänge in den Ruhestand sorgen

Das SPD-Präsidium hat am 16. Juni 2008 Vorschläge zu flexiblen Übergängen in den Ruhestand verabschiedet. Das Präsidium begrüßt, dass sich die Beschäftigung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer positiv entwickelt. Mit zahlreichen Fördermaßnahmen – zum Beispiel der Initiative „50 plus“ – ist es gelungen, die Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen von 37,7 % im Jahr 1998 auf 52,5 % Ende 2007 zu steigern. Zugleich ist es wichtig, dass vor allem den besonders belasteten Beschäftigten mehr Chancen eingeräumt werden, im Alter auch kürzer zu treten, und dies solidarisch abgesichert wird. Das Ziel der Erhöhung der Erwerbsquote Älterer und die Ermöglichung flexibler Rentenzugänge sind kein Widerspruch, sondern sie bedingen einander: wer seine Erwerbstätigkeit seinem Leistungsvermögen anpassen kann, kann länger im Beruf bleiben und so auch in der letzten Erwerbsphase noch etwas für seine Alterssicherung tun.

Der Beschluss im Wortlaut:

Die SPD hat mit ihrer Regierungsverantwortung seit 1998 die richtigen Weichen für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer gestellt. Die Unternehmen brauchen die Erfahrung Älterer. Der Anstieg der Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen von 37,7 % (1998) auf 52,5 % (4. Quartal 2007) zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und uns der gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung stellen.

Wir müssen aber auch sehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Beruf und Arbeitszeit unterschiedlich stark belastet werden. Besonders belasteten und hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss daher die Chance auf einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand eingeräumt werden.

Wir schlagen daher vor, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass individuelle Entscheidungsmöglichkeiten erweitert werden.

Wir begrüßen daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern Maßnahmen zu flexiblen Übergängen in den Ruhestand zu vereinbaren. Die SPD schlägt auf der Basis des Beschlusses des Präsidiums vom 5. Mai 2008 folgende zentrale Maßnahmen für flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand vor und fordert CDU/CSU auf, noch in dieser Legislaturperiode die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen mit auf den Weg zu bringen.

1. Fortführung der Altersteilzeit.

Mit der Altersteilzeit wurde bereits vor Jahren ein Instrument geschaffen, das einen gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand

ermöglicht. Mit der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde auch das Ziel verfolgt, die Reduzierung der Arbeitszeit Älterer mit neuen Beschäftigungschancen für Jüngere zu verbinden.

Wir haben bereits erfolgreich dafür gekämpft, dass die Aufstockungsbeiträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge befreit bleiben. Da die bisherige Förderung der Altersteilzeit durch die BA aber bis 2009 befristet ist, sind weitere Anreize erforderlich, um flexible Arbeitszeiten im Alter für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiv zu gestalten.

Für einen überschaubaren Zeitraum ist es arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, die Förderung von Altersteilzeit durch die BA fortzuführen.

Eine Förderung des Personalabbaus in den Unternehmen mit Beitragsmitteln lehnen wir ab. Die Förderung durch die BA soll befristet bis zum Jahr 2015 dann erfolgen, wenn ein Unternehmen frei werdende Stellen mit Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen besetzt. Für Kleinbetriebe ist zu prüfen, ob eine Förderung auch dann möglich ist, wenn Auszubildende eingestellt werden.

Auf diese Weise soll sicher gestellt werden, dass der Einstieg für junge Menschen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch in den kommenden Jahren erleichtert wird, und gleichzeitig ein Anreiz für die Unternehmen entsteht, vermehrt auszubilden, um den abzusehenden Fachkräftemangel ab 2015 abzuwenden.

Für alle Neuanträge auf Altersteilzeit soll ab dem Jahr 2010 der frühestmögliche Zugang erst mit dem vollendeten 57. Lebensjahr möglich sein. So wird die zukünftige Heraufsetzung der Regelaltersgrenze um 2 Jahre nachvollzogen. Die übrigen Voraussetzungen der Altersteilzeit (Verteilung der Arbeitszeit, Höhe der Aufstockungsleistungen) bleiben unverändert.

2. Weiterentwicklung der Teilrente.

Wir wollen die Teilrente als Instrument für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand stärker nutzen. Bereits heute ist es möglich, eine Rente als Teilrente in Höhe von 1/3, 1/2 oder 2/3 einer Vollrente zu beziehen, wenn die Voraussetzungen für den Bezug einer vorgezogenen Altersrente mit Abschlägen erfüllt sind. Die Inanspruchnahme ist jedoch sehr gering, weil die Möglichkeit vielen Menschen nicht bekannt und die Regelung der Hinzuverdienstgrenzen kompliziert ist. Folgende Maßnahmen sollen die Teilrente zu einem wichtigen Baustein für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand weiterentwickeln:

Ab 2010 soll eine Teilrente unter Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen bereits ab dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können, wenn

- durch den Teilrentenbezug im späteren Verlauf keine Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter verursacht wird,
- mit dem Arbeitgeber eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung vereinbart ist und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt,

sowie

- der auf die Teilrente entfallende erhöhte Abschlag durch Beitragszahlung des Arbeitgebers ausgeglichen worden ist.

3. Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten und Erhöhung der Portabilität.

Obwohl Langzeitkonten (Wertguthaben) nicht vorrangig ein Instrument des flexiblen Übergangs in die Altersrente sind, lassen sie sich hierzu sehr gut nutzen. Bei entsprechender vertraglicher Gestaltung ermöglichen sie der Arbeitnehmerin, dem Arbeitnehmer eine Freistellung vor dem Renteneintritt. In der Freistellung beziehen sie Arbeitsentgelt aus dem Wertguthaben. Aus dem Arbeitsentgelt fließen Beiträge an die Sozialkassen, so dass Sozialversicherungsschutz sichergestellt ist.

Arbeitszeitkonten müssen auch im Fall der Zah-

lungsunfähigkeit des Arbeitgebers geschützt sein. Die betriebliche Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass hier trotz gesetzlicher Vorschriften noch Lücken vorhanden sind. Zwar ist der Insolvenzschutz der Arbeitszeitkonten zwingend vorgeschrieben, doch hat die offene Gestaltungsmöglichkeit, bei der keine konkrete Form der Absicherung vorgesehen ist, dazu beigetragen, dass im Einzelfall rechtswidrig auf eine Absicherung verzichtet worden ist.

Die SPD begrüßt daher, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den "Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung von Rahmenbedingungen der sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen" auf den Weg gebracht hat, um so die Verabredungen des Koalitionsvertrages umzusetzen. Dieser Entwurf wird zur Zeit innerhalb der Bundesregierung und mit Ländern und Verbänden abgestimmt.

Mit dieser Reform sollen insbesondere die Regelungen für den Insolvenzschutz und die sozialrechtlichen Vorgaben von Wertguthaben verbessert werden. Erstmals soll auch die Möglichkeit eingeführt werden, diese Wertguthaben beim Arbeitgeberwechsel mitzunehmen und nicht auflösen zu müssen. Damit wird die Grundlage für eine verlässliche Lebensarbeitszeitplanung erkennbar verbessert.

Klimaschutz kommt voran – Gesetzesbeschlüsse zum IEKP

Erste Gesetzentwürfe im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimapakets der Bundesregierung verabschiedet

Am 6. Juni hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich die Regierungsentwürfe eines Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und eines Gesetzes zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb sowie des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich und zur Änderung damit zusammenhängender Vorschriften und des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes beschlossen.

Damit hat das Parlament zentrale Maßnahmen des 1. Integrierten Klima- und Energie-Pakets (IEKP) verabschiedet. Nach langen und zum Teil schwierigen Verhandlungen mit der CDU/CSU hat die SPD-Bundestagsfraktion den Gesetzentwürfen deutlich ihre Handschrift aufgesetzt.

Novellierung des EEG

Durch das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll das geltende Gesetz abgelöst werden. Die Umsetzung eines verbesserten EEG soll dazu beitragen, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Um die langfristigen Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen, ist es wichtig, dass sie mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig werden. Denn nur, wenn sie sich ohne finanzielle Förderung auf dem Markt behaupten, können sie auf Dauer eine tra-

gende Rolle im Energiemarkt spielen. Wichtig ist auch die Anpassung und Verbesserung der Vergütungssätze an aktuelle Markt- und Kostenentwicklungen.

Windenergie zentraler Bestandteil

Zu den Neuregelungen des EEG gehören u.a. eine attraktivere Gestaltung des Repowering (Ersetzen alter Elektrizitätskraftwerke, insbesondere Windenergieanlagen, durch neue und effizientere Anlagen) und die Verbesserung der Bedingungen für die Offshore-Windkraft (Nutzung der Windenergie im Meer). Darüber hinaus werden Vergütungssätze für die verschiedenen Energiequellen festgelegt. Für Strom aus Windkraft hat die SPD-Bundestagsfraktion die Vergütung auf 9,2 Cent/kWh (Onshore) bzw. die Anfangsvergütung für Offshore-Strom auf 13 Cent/kWh erhöht. Auch im Bereich der Solarförderung konnte die SPD-Bundestagsfraktion sich gegen die CDU mit ihren Forderungen durchsetzen: Eine moderate Absenkung der Vergütungen gegenüber dem Regierungsentwurf konnte angesichts der Markt- und Kostenentwicklung im Solarbereich mitgetragen werden, allerdings konnten drastische Einschnitte von bis zu 30 Prozent wie von der CDU/CSU gefordert, verhindert werden. Ein Markteinbruch mit entsprechenden Insolvenzen wurde damit abgewendet.

Förderung des Wärmesektors auf gesetzlicher Ebene

Obwohl im Wärmesektor große Potenziale liegen, fehlt hier bislang ein Instrument, das ähnlich erfolgreich wie das EEG im Stromsektor ist und den dynamischen Ausbau erneuerbarer Energien im Bereich der Wärmeerzeugung bewirkt. Mit dem Erneuerbare Energien Wärmegesetz (EEWärmeG) soll der Anteil der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich von 6,6 Prozent im Jahr 2007 auf 14 Prozent im Jahr 2020 mehr als verdoppelt werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Einsatz von Erneuerbarer Energie im Wärmebereich für Neubauten vorgeschrieben wird. Für den Gebäudebestand wird es eine aufgestockte Förderung geben: 500 Millionen Euro sind in den Jahren 2009 bis 2012 vorgesehen. Durch Investitionszuschüsse soll auch im Bestand ein Anreiz geboten werden, alte Heizungssysteme durch neue Erneuerbare Energien-Anlagen auszutauschen.

EEWärmeG: Gut für das Klima und Unternehmen

Mit dem Wärmegesetz gelingt es uns nicht nur das Klima zu schützen. So wird auch die Zukunft der Anlagenindustrie gesichert. Durch die gesetzliche Regulierung erhalten die Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit: Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze. Gleichzeitig kommt dem Wärmegesetz eine industriepolitische Bedeutung zu. Es fördert gezielt technologische Innovation, welche die Spitzenposition der deutschen Energiebranche im internationalen Wettbewerb stärken wird. Die SPD-Bundestagsfraktion will deshalb den Ausbau von Anlagen zukünftig weiter beschleunigen, um das Ausbauziel sogar deutlich zu übertreffen.

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

Mit der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) will die Bundesregierung den Anteil von Stromerzeugung bei gleichzeitiger Nutzung der verbleibenden Wärme verdoppeln. Ziel ist die 25 Prozent-Marke im Jahr 2020. Das wurde auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion nun im Gesetz festgeschrieben. Dazu wird der Bau neuer und die Modernisierung bestehender KWK-Anlagen sowie der Aus- und Neubau von Wärmenetzen gefördert. Die Förderung soll auch zukünftig auf der Grundlage eines Umlagesystems erfolgen; anders als im bisherigen KWKG soll es aber keine Größenbeschränkung für die Förderung geben und auch die gesamte Eigenerzeugung soll zuschlagsberechtigt sein (Gewinnung zusätzlicher KWK-Potenziale). Insgesamt ist ein Fördervolumen von 750 Millionen Euro jährlich vorgesehen (davon 150 Millionen Euro für den Netzausbau).

SPD-Bundestagsfraktion setzt sich durch

Angesichts unzureichender Gesetzesentwürfe aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist es ein großer Erfolg, dass die SPD-Bundestagsfraktion ihre Forderungen durchsetzen konnte. So konnte die Anmeldefrist für neue und modernisierte KWK-Anlagen um zwei Jahre ver-

längert (jetzt: 31.12.2016) und die Flexibilisierung der Mittelverwendung erreicht werden. Damit wird sichergestellt, dass alle bis zu diesem Zeitpunkt angemeldeten Anlagen KWK-Förderung bekommen können. Für die Netze bleibt die Frist das Jahr 2020. Festgeschrieben wurde auch, dass die industrielle KWK sowie die Wärmenetze in die Förderung aufgenommen werden. Außerdem hat die SPD-Bundestagsfraktion die vorgesehenen Förderkürzungen bei kleiner KWK abgewendet. Im Einzelnen erhalten KWK-Anlagen nach Größe gestaffelt Zuschläge pro erzeugter Kilowattstunde zwischen 5,11 und 1,5 Cent über einen Zeitraum von 30.000 Volllaststunden bzw. maximal für sechs Betriebsjahre, Kleinst-Anlagen bis 50 kW sogar 10 Jahre lang.

Öffnung des Messwesens für Strom und Gas

Einbau, Betrieb und Wartung von Messeinrichtungen (Messstellenbetrieb) im Strom- und Gasbereich sind heute bereits für den Wettbewerb geöffnet. Die Ab- und Auslesung der Messgeräte ist jedoch alleinige Aufgabe des Netzbetreibers – insofern dieser Bereich nicht ausdrücklich durch eine Rechtsverordnung für Wettbewerb geöffnet ist. Durch die Liberalisierung des Messwesens durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen technische Innovationen beim Zähl- und Messverfahren und die Konzeption intelligenter Netze erreicht werden. Für den Kunden bedeutet dies preisliche Vorteile, da er den Energieverbrauch bzw. Energieeinsparmaßnahmen besser steuern kann.

Verbesserung des Gesetzentwurfs

Um die Vorteile für den Verbraucher zügig umzusetzen, hat die SPD-Bundestagsfraktion entscheidende Veränderungen im Gesetz durchgesetzt. Ab 2010 soll – soweit technisch umsetzbar und wirtschaftlich zumutbar – der Einbau von intelligenten Zählern in Gebäuden, die neu an das Energieversorgungsnetz angeschlossen werden, verpflichtend sein. Darüber hinaus muss der Lieferant dem Kunden eine monatliche, vierteljährliche oder halbjährliche Abrechnung anbieten können. In den Rechnungen für Energielieferungen müssen die Versorger ausweisen, welche Kosten für den Netzzugang und für entstehende Entgelte für den Messstellenbetrieb beim Kunden entstanden sind. Damit Energieeinsparungen für den Kunden attraktiv gemacht werden, sind die Energieversorger aufgefordert, bis spätestens Ende 2010 einen Tarif anzubieten, der Anreize zur Energieeinsparung oder Steuerung des Energieverbrauchs setzt.

Kabinettsbeschluss zum zweiten Klimapaket

Am 18. Juni hat das Kabinett nun das zweite Klimapaket zur Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaprogramms verabschiedet. Der Kabinettsbeschluss markiert einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu größerer Unabhängigkeit von immer höher steigenden Energiepreisen durch einen immer effizienteren Umgang mit Energie und einen Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Mehr Gerechtigkeit und Aufstiegschancen in Deutschland

Die **Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 11. Juni 2008** zeigen: Die SPD setzt sich in zentralen Forderungen durch und prägt diese Koalition. CDU und CSU sind zerstritten und ohne Kurs. Die SPD hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass Deutschland stärker geworden ist. Noch kommt der Aufschwung nicht bei allen an. Die SPD setzt deshalb darauf, dass ganz besonders untere und mittlere Einkommensgruppen am Wohlstandszuwachs teilhaben.

Die Sozialdemokraten haben klare Vorstellungen für mehr Gerechtigkeit und Aufstiegschancen in Deutschland: Mindestlöhne, Mitarbeiterbeteiligung, Entlastung von Sozialabgaben, Umbau des Familienleistungsausgleichs, gerechtere Besteuerung der Erbschaften und Regelungen für angemessene Managergehälter.

Insbesondere die CSU hat den Streit im eigenen Lager und ihre Furcht vor einem Denkmals bei der bayrischen Landtagswahl im September durch völlig überzogene Kampagnen im Vorfeld des Koalitionsausschusses zu überdecken versucht.

Die SPD macht dagegen praktische Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen. Darauf kommt es an. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokraten in der Großen Koalition.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

1. Fortschritte beim Mindestlohn.

Mindestlöhne werden Schritt für Schritt verwirklicht. Der Koalitionsausschuss hat sich über den Stand der Ressortabstimmung unterrichten lassen und festgestellt, dass die Arbeiten auf einem guten Wege sind. Am 16. Juni wurden die beiden Koalitionsfraktionen über die Details der beiden Gesetzentwürfe (Arbeitnehmer-Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz) unterrichtet. Danach wird das Anhörungs- und Gesetzgebungsverfahren unverzüglich eingeleitet. Über die acht Branchen, die sich für die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz gemeldet hatten, wird eine 10-köpfige Koalitionsarbeitsgruppe unter Leitung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz beraten.

Das Bundesarbeitsministerium wird für diese Arbeitsgruppe eine Übersicht zu den acht Branchen erstellen. Die Vereinbarung zu Mindestlöhnen, die die Sozialdemokraten im letzten Jahr der Union abgetrotzt haben, wird umgesetzt. Damit ist klar, dass bald noch mehr Menschen von den Mindestlohn-Regelungen profitieren und dann endlich so entlohnt werden müssen, dass sie von ihrer Arbeit auch leben können.

2. Erbschaftsteuer wird kommen.

Die Beratungen über unseren Gesetzentwurf für eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer gehen weiter. Die hochrangige „6+6-Arbeitsgruppe“ wird

noch vor der Sommerpause zusammentreffen. Am 30. September wird sie sich zu einer abschließenden Sitzung treffen. Anfang Oktober wird der bereits in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf im Fachausschuss abschließend beraten, um dann Mitte Oktober in die letzte Lesung im Bundestag zu gehen. Die Beratung im Bundesrat wird am 7.11. erfolgen. Die Reform wird also rechtzeitig zum Jahresende im Gesetzblatt stehen.

3. Managergehälter sollen geregelt werden.

Die SPD hat Vorschläge ihrer Arbeitsgruppe eingebracht. Sie beinhalten unter anderem die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Managergehältern und -abfindungen als Betriebsausgaben auf eine Größenordnung von 1 Mio. Euro plus 50 % des darüber hinausgehenden Betrags. Außerdem sollen die Kontrollfunktion des Aufsichtsrates gestärkt und die gesetzlichen Regelungen für die Angemessenheit und Transparenz der Managerentlohnung ergänzt werden. Unsere Vorschläge werden nun in einer Koalitionsarbeitsgruppe weiter beraten, die auf unserer Seite Joachim Poß leiten wird. Das Thema steht damit auf der Tagesordnung der Koalition. Die Union muss ihren Sonntagsreden nun auch Taten folgen lassen.

4. Spielräume zur Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nutzen.

In der Koalition besteht Einvernehmen darüber, dass Spielräume zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge genutzt werden sollen. Olaf Scholz wird in Abstimmung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes dem Koalitionsausschuss im September berichten, welche Spielräume bei der Arbeitslosenversicherung zur Beitragssatzsenkung bestehen. Unsere Bedingung: Die Bundesagentur für Arbeit muss jeder Zeit in der Lage sein, ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umzusetzen sowie Rückstellungen zur Finanzierung ihrer Pensionslasten vorzunehmen. Die Koalition folgt damit unserem unter den Stichworten „Konsolidieren – Investieren – Entlasten“ vorgelegten integrierten Steuer- und Abgabekonzept. Dieses sieht eine seriöse Schrittfolge vor und legt den Schwerpunkt auf Senkung von Sozialabgaben anstelle von Steuerersenkungsversprechen, die in erster Linie den Besserverdienenden zu Gute kämen.

5. Mehr Geld für Familien mit Kindern.

Die Koalition ist sich einig, dass zum 1.1.2009 Familien mit Kindern mehr Geld erhalten sollen. Der Bund wird hierzu im Bundeshaushalt entsprechende Vorsorge treffen. Über die Größenordnung und die konkrete Art der Entlastung der Familien mit Kindern soll beraten werden, wenn der Existenzminimumbericht Anfang Oktober vorliegt. Für die SPD ist wichtig, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert ist und Kinder von Spitzenverdie-

nern keine höhere Förderung erhalten als die übrigen Kinder.

6. KfZ-Steuer: Weg frei für eine umweltfreundliche Lösung.

Die Koalition schlägt der Föderalismuskommission II vor, die KfZ-Steuer ab 1.1.2010 auf den Bund zu übertragen und eröffnet damit dem Bund die Chance, eine umweltfreundliche KfZ-Besteuerung aus einer Hand zu erreichen. Die Länder, die bisher die Einnahmen aus der KfZ-Steuer erhalten, bekommen als Ausgleich einen Festbetrag in Höhe

des bisherigen Aufkommens (2007: 8,9 Mrd. Euro).

Die Verteilung auf die Länder soll die jetzigen Größenordnungen abbilden und verfassungsrechtlich abgesichert werden. Es ist ausdrücklich vereinbart worden, dass Altfahrzeuge in den ersten Jahren nicht stärker als bisher belastet werden. Als Gewinn wird es dann endlich eine umweltfreundlichere KfZ-Besteuerung geben, die dazu beitragen wird, dass auch der Verkehrsbereich einen Beitrag zur Erreichung der wichtigen Klimaziele leistet.

Ausbildungsbonus beschlossen

Verbesserte Ausbildungschancen für förderungsbedürftige junge Menschen

Am 5. Juni hat der Bundestag den Regierungsentwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen beschlossen.

Neue Chancen

Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in den letzten Jahren ist positiv. Laut Ausbildungsplatzbilanz 2007 sind im letzten Jahr erstmals seit 2001 wieder mehr als 600.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Trotzdem ist der Anteil der Altbewerberinnen und -bewerber an gemeldeten Bewerbern auf über 50 Prozent gestiegen. Diese Jugendlichen sind bereits seit längerer Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz – in der Regel mehr als ein Jahr nach Verlassen der Schule. Mit dem Gesetzentwurf greift die Bundesregierung wesentliche Kernpunkte des Konzepts "Jugend – Ausbildung und Arbeit" auf. Durch sie sollen benachteiligte Jugendliche besser gefördert und bis 2010 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Initiative ging von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz aus und ist Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung.

Ausbildungsbonus

Der Ausbildungsbonus ist der erste Kernpunkt. Er wird in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro an Betriebe ausbezahlt, die zusätzliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Altbewerberinnen und -bewerber anbieten. Die Höhe des Bonus richtet sich jeweils nach der Ausbildungsvergütung. Finanziert wird er durch die Bundesagentur für Arbeit. Einen Rechtsanspruch auf Förderung erhalten Arbeitgeber, die lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche oder Altbewerber mit maximal einem Hauptschulabschluss einstellen. Als Ermessensleistung können darüber hinaus zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber gefördert werden, die über einen mittleren Schulabschluss verfügen oder schon mehr als zwei Jahre vergeblich gesucht haben.

Außerdem wurden im Gesetzgebungsverfahren sogenannte Insolvenzabbrecher zusätzlich in die Ermessensleistung aufgenommen. Dadurch sollen auch Auszubildende gefördert werden, deren Aus-

bildungsvertrag auf Grund einer Insolvenz, Stilllegung oder Schließung des Ausbildungsbetriebes vorzeitig beendet worden ist, wenn ihre Vermittlung in ein neues Ausbildungsverhältnis aus individuellen Gründen erschwert ist. Darüber hinaus wurden die Auszahlungsmodalitäten des Bonus verändert: Wie vorgesehen, wird der Bonus in zwei Teilbeträgen ausgezahlt. Um eine hohe Anreizwirkung zu Beginn der Ausbildung zu erzielen, werden 50 Prozent der Fördersumme bereits nach Ablauf der Probezeit geleistet. Die übrigen 50 Prozent werden nach Anmeldung des Auszubildenden zur Abschlussprüfung ausgezahlt. Damit wird eine zusätzliche Motivation für die Betriebe geschaffen, die Ausbildung erfolgreich zu Ende zu führen. Außerdem konnten im parlamentarischen Verfahren Verbesserungen bei der Förderung von Absolventen einer geförderten betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQJ) erreicht werden. Die Bundesagentur für Arbeit bietet dort, wo es notwendig ist, ausbildungsbegleitende Hilfen für einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf an.

Der Ausbildungsbonus wird zum Ausbildungsjahr 2008/09 eingeführt und ist auf drei Jahre befristet.

Weitere Maßnahmen des Gesetzes

Der zweite Kernpunkt des Gesetzes ist die Berufseinstiegsbegleitung. Schülerinnen und Schüler sollen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beschäftigung unterstützt werden. Bundesweit sollen an 1.000 Schulen Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter zum Einsatz kommen. Individuell werden sie Schülerinnen und Schüler in dieser Übergangssituation beraten und unterstützen. Es handelt sich um eine ergänzende Maßnahme zu bereits bestehendem ehrenamtlichem Engagement. Auch diese Maßnahme ist auf drei Jahre befristet. Der dritte Kernpunkt ist die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung bei einer zweiten Berufsausbildung. Künftig können junge Menschen auch bei einer zweiten Berufsausbildung mit Berufsausbildungsbeihilfe gefördert werden, wenn zu erwarten ist, dass eine berufliche Eingliederung dauerhaft auf andere Weise nicht erreicht werden kann.

„Aktionsplan für gleiche Lebenschancen“

Das SPD-Präsidium hat am 9. Juni 2008 einen "Aktionsplan für gleiche Lebenschancen" mit zehn Maßnahmen gegen Kinderarmut beschlossen. Mit den zehn Handlungsansätzen verpflichtet sich die SPD, auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut zu unternehmen.

Deutschland sei eines der reichsten Länder der Erde und der Wohlstand noch nie so groß gewesen wie heute, heißt es in dem Beschluss. Mit Sorge müsse jedoch festgestellt werden, "dass die Chancen eines Kindes auf Bildung, gesunde Entwicklung, Teilhabe und Selbstbestimmung immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen". Das will die SPD ändern. Das Ziel sind gleiche und gute Lebensbedingungen für alle Kinder.

Mit den zehn Handlungsansätzen beendet die SPD die oft vorherrschende Praxis, dass Probleme zwischen den politischen Handlungsebenen verschoben und nicht gelöst werden. Jede Ebene muss den ihr möglichen und sinnvollen Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut leisten. Dazu haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Kommunen, Ländern und Bund auf die nachfolgende Aufgabenverantwortung verständigt:

Die Schritte der SPD gegen Kinderarmut in Kommunen

- **Flächendeckend Netzwerke für gesundes Aufwachsen!**

Um Familien, die durch besondere Risiken belastet sind, früh unterstützen zu können, wird die SPD die Jugendämter zu Dienstleistern weiterentwickeln, die Eltern unterstützen, begleiten und ihnen als Partner zur Seite stehen. Neben einer besseren personellen und finanziellen Ausstattung geht es darum, die Einrichtungen der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, der Bildung, aus dem bürgerschaftlichen Engagement, von Polizei und Justiz sowie die Wohlfahrtsverbände und Kirchen besser zu vernetzen.

- **Für alle Kinder ein gesundes Mittagessen bereitstellen!**

"Die SPD strebt an, in Kommunen, in denen sie politische Verantwortung hat, allen Kindern ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen", heißt es in dem SPD-Präsidiumsbeschluss. Dazu müssen Kommunen zuerst die notwendige Infrastruktur aufbauen. Wie schließlich eine Kostenermäßigung für bedürftige Kinder gewährleistet wird, müssen sie gemeinsam mit den Ländern entscheiden.

- **Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen!**

Weil in Eltern-Kind-Zentren Kinder nicht nur gefördert werden, sondern auch bessere Bildungschancen erhalten, will die SPD Schulen

und Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. "Elternarbeit und Erziehungsarbeit in den Kindertagesstätten und Schulen muss verknüpft werden", heißt es dazu im Beschluss.

Die Schritte der SPD gegen Kinderarmut in den Ländern

- **Die Betreuungsqualität verbessern!**

Um die Betreuungsqualität zu verbessern werden sozialdemokratisch regierte Länder eine Reihe von Maßnahmen durchführen, um einen "Qualitätsschub" in Kindertagesstätten und der Tagespflege auszulösen. Dazu gehören Maßnahmen, wie z.B. die Qualifizierung für Erzieherinnen und Erzieher, Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Umsetzung eines verbesserten Betreuungsschlüssels. Denn mit "mehr und besser ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern und kleineren Gruppen können wir bei den Bildungschancen einen Quantensprung machen!", heißt es im Papier.

- **Garantie für eine gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule!**

Weil für die SPD selbstverständlich ist, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, setzt sie sich für eine gebührenfreie Bildung – und zwar von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule – ein.

- **Schaffung gleicher Bildungschancen!**

Um Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen, wollen die SPD-geführten Länder sich dafür einsetzen, dass Ganztagschulen ausgebaut werden, eine weitgehende Lernmittelfreiheit gewährleistet wird und für Schulabbrecher zweite und dritte Chancen zur nachholenden Qualifizierung geschaffen werden.

Die konkreten Schritte der SPD gegen Kinderarmut in der Bundespolitik!

- **Den Familienleistungsausgleich gerechter gestalten, mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern investieren!**

Als Grundsatz gilt, dass jedes Kind gleichviel wert ist. Daher will die SPD das System der Kinderförderung umbauen, so dass Reiche durch Steuerentlastung nicht mehr stärker gefördert werden.

- **Die Regelsätze stärker vom Bedarf ableiten und den Schulmittelbedarf besser abdecken.**

Für die SPD ist klar, dass die Regelsätze für Leistungen nach SGB II für Kinder neu gestaltet werden sollten. Außerdem muss eine stärkere Staffelung nach Altersstufen sowie die Verkürzung der Anpassungszeiträume mittels Ein-

kommens- und Verbrauchstichproben geprüft werden. Kurzfristig will die SPD ein Schulmittelbedarfspaket von ca. 100 Euro pro Schuljahr für bedürftige Kinder einführen.

- **Kinderrechte ins Grundgesetz!**

Mit seinem 7-Punkte-Aktionsplan für einen besseren Schutz unserer Kinder hatte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck wirkungsvolle Maßnahmen benannt. Um dies bundespolitisch zu flankieren, will die SPD Kinderrechte im Grundgesetz stärken.

- **Vorschlag zur Einberufung einer Nationalen Kinderkonferenz.**

Damit es zu gesamtstaatlichen Vereinbarungen kommt, welche staatliche Ebene welche Verantwortung übernimmt, setzt sich die SPD als übergreifende Aufgabe für eine nationale Kinderkonferenz ein.

Ziel der SPD ist "eine durchlässige Gesellschaft der fairen Regeln, die Teilhabe und Sicherheit durch wirtschaftliche Stärke, gute Arbeit und gleiche Bildungschancen ermöglicht", heißt es in dem Aktionsplan. Damit bekräftigt die SPD das am 31. Mai beim Zukunftskonvent in Nürnberg vorgestellte Projekt "Aufstieg und Gerechtigkeit".

Gastbeitrag von Uwe Beckmeyer, MdB zur Bahnreform

Teilprivatisierung ermöglicht mehr Investitionen – zum Nutzen der Fahrgäste und der Wettbewerbsposition der Bahn

Der Bundestag hat am 30. Mai 2008 mit großer Mehrheit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Zukunft der Bahn, Bahn der Zukunft – Die Bahnreform weiterentwickeln“ zugestimmt. Mit diesem Beschluss hat er ein neues Kapitel in der Entwicklung der DB AG aufgeschlagen. Entscheidend wird sein, weiteres Wachstum im Schienenverkehr zu ermöglichen und die DB AG für die Herausforderungen des europäischen Wettbewerbs fit zu machen. Investitionen in eine moderne Bahninfrastruktur sind zugleich Investitionen für eine saubere Umwelt und in den Klima- und Lärmschutz: Nur ein attraktives Bahnangebot bringt möglichst viele Menschen dazu, auf die Bahn umzusteigen und überzeugt Unternehmen, ihre Güter verstärkt auf der Schiene zu transportieren.

Die Weiterentwicklung der Bahnreform sichert den Einfluss des Bundes. Die Deutsche Bahn AG bleibt zu 100 Prozent im Bundesbesitz. Die Infrastruktur, also Schienen, Bahnhöfe und Energieversorgung, sind weiterhin vollständig in staatlicher Hand. Der Beschluss des Bundestages ermöglicht die Beteiligung privaten Kapitals in Höhe von maximal 24,9 Prozent an einer Bahntochter, in der der Güterverkehr und die Logistik, der Fern- und der Regionalverkehr sowie die dazu gehörenden Dienstleistungen zusammengefasst sind. Im Umkehrschluss heißt das: 75,1 Prozent der Gesellschaft werden nicht privatisiert.

Private Investoren werden weder an der DB AG noch an den Infrastrukturunternehmen beteiligt. Dritte erhalten keinen Einfluss auf die Strategie des Konzerns. Der Bund wird so seiner im Grundgesetz festgelegten Infrastruktur- und Angebotsverantwortung auch in Zukunft vollständig nachkommen. Die Bahnreform sichert ein attraktives Mobilitätsangebot.

Die zusätzlichen Finanzmittel werden verwendet, um moderne Züge zu beschaffen, Bahnhöfe zu renovieren, das Schienennetz zu ertüchtigen, Engpässe auf den Strecken und an Knotenpunkten zu beseitigen sowie in den aktiven und passiven Lärmschutz zu investieren. Wir bauen die Bahn so um, dass es auch in Zukunft sehr gute Leistungen zu bezahlbaren Preisen geben wird.

Die Entscheidung des Bundestages ist jedoch nur der erste Schritt. Wir haben zwei weitere Sicherungen eingebaut, damit die Gemeinwohlinteressen gewährt bleiben und der Bund seine Verpflichtung im Rahmen des § 87e Grundgesetz sogar besser wahr-

nehmen kann.

- Die Bundesregierung schließt einen Beteiligungsvertrag mit der DB AG. In diesem Vertrag sind die wesentlichen Merkmale der künftigen Unternehmensstruktur festgehalten. Hier konnte sich die SPD gegenüber der Union klar durchsetzen. Die Union wollte keinen Vertrag, für uns war dies aber nicht verhandelbar. Nur so können wir den notwendigen Gestaltungsspielraum sichern.
- Der Bund erhält durch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zum ersten Mal ein ergebnisorientiertes Instrumentarium an die Hand, um die Durchsetzung seiner grundgesetzlichen Infrastrukturverantwortung deutlich zu verbessern und die Qualität im Schienennetz und bei den Bahnhöfen durchzusetzen.

Beteiligungsvertrag

In einem Beteiligungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bahn AG und der neu gegründeten DB Mobility Logistics AG



(DB ML AG) werden die vertraglichen Einzelheiten für die Beteiligung Dritter im Detail geregelt.

Folgende Punkte sind hierbei besonders wichtig:

- Die konzernrechtliche Zusammenfassung von Eisenbahninfrastruktur-, Verkehrs-, Logistik- und Dienstleistungsunternehmen unter der einheitlichen Leitung der DB AG als Muttergesellschaft bleibt auch nach erfolgter Teilprivatisierung der DB ML AG-Gesellschaften erhalten. Private Investoren werden bis zur Höhe von 24,9 Prozent an den DB ML AG-Gesellschaften beteiligt.
- Festgelegt ist auch: Eine Umgehung der 24,9%-Regelung durch eine höhere Beteiligung an einem Subunternehmen ist nicht möglich. 24,9% bleiben 24,9%. Um Missverständnisse zu vermeiden, hat das BMVBS diese entsprechenden Textpassagen korrigiert. Die vier Unternehmen DB Regio, DB Fernverkehr, DB Railion und DB Schenker müssen zu 100% im Besitz der DB ML AG bleiben.
- Im Beteiligungsvertrag ist der Erhalt des Fernverkehrsangebotes festgelegt. Damit der Bund seiner grundgesetzlichen Verantwortung nach Art. 87e Abs. 4 GG nachkommen kann, verpflichtet sich die DB ML AG, dem BMVBS so frühzeitig wie möglich vor jedem Fahrplanwechsel über alle beabsichtigten wesentlichen Veränderungen des Personenverkehrsangebotes unter Darlegung der zugrundeliegenden Bedarfsanalysen zu berichten.
- Die weiter zu 100 Prozent im Bundesbesitz befindliche DB AG wird auch künftig den ganzen Konzern führen. Dafür werden alle wichtigen Steuerungseinheiten wie das Controlling, die Planung, die Konzernstrategie oder die Kommunikation bei der DB AG bleiben. Die DB Mobility Logistics AG wird damit weitgehend von der DB AG gesteuert. Der integrierte Konzern bleibt gesichert.
- Festgeschrieben ist im Beteiligungsvertrag auch, dass die DB AG verpflichtet ist, den konzerninternen Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten. Für die SPD war immer klar: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DB AG brauchen im Falle der Beteiligung privater Investoren besondere Unterstützung und wirksame Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Auch hier haben wir uns durchgesetzt. Die DB AG bleibt als integrierter Konzern erhalten. Der konzerninterne Arbeitsmarkt bleibt gesichert.

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung

In einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) mit der DB AG wird die künftige Infrastrukturqualität definiert. Mit klaren Kriterien ist dann jederzeit feststellbar, in welchem Zustand einzelne Strecken des Schienennetzes, die Bahnhöfe oder die Energieversorgung ist.

Hierzu wurden vom BMVBS einzelne Qualitätskennziffern entwickelt, die detailliert Auskunft über den Streckenzustand, die Bahnhöfe und die übrige Infrastruktur geben.

Mit dieser Vereinbarung wird die DB AG verpflichtet, eine festgelegte Qualität zu garantieren, der Bund stellt der DB AG dafür die notwendigen Mittel bereit. Rund 2,5 Milliarden Euro stehen dafür pro Jahr zur Verfügung.

Und: Die DB AG kann sich nicht vor ihren Aufgaben drücken. Bei Nichterfüllung der Vereinbarung werden ganz klare Sanktionen vereinbart. Die detaillierten Beratungen über die LuFV werden wir in diesem Jahr im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum Abschluss bringen.

Fazit:

Die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG schafft neue finanzielle Handlungsmöglichkeiten. Die Verkaufserlöse fließen zu gleichen Teilen in den Bundeshaushalt, in die Eigenkapitalerhöhung der Bahn und in Investitionen in den Schienenverkehr.

- Durch das frische Kapital kann die Bahn ihre Wettbewerbsposition weiter verbessern: Denn ab 2010 kommt es durch die Öffnung der Personenfernverkehrsnetze zu einem verstärkten Wettbewerb auf dem europäischen Schienennetz. Wir wollen, dass die DB AG dabei auf Augenhöhe mit den anderen europäischen Bahngesellschaften antreten kann.
- Von den Investitionen in den Schienenverkehr werden vor allem die Bahnkunden profitieren. Engpässe im Schienennetz werden beseitigt, marode Bahnhöfe schneller saniert und der Lärmschutz verbessert.

Wir stellen die Weichen richtig. Mit dem Beschluss des Bundestages vom 30. Mai 2008, dem Beteiligungsvertrag und der LuFV werden drei fundamentale Pflöcke eingeschlagen, um den Einfluss des Bundes zu sichern und im Vergleich zur heutigen Situation zu verbessern.

Uwe Beckmeyer ist verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstandes. Von 1987 bis 1999 war er Mitglied des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

Orientierungspunkte für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands – Fragen und Antworten

Die SPD hat am 27. Mai 2008 Orientierungspunkte für ein Steuer- und Abgabekonzept für die nächste Legislaturperiode vorgelegt. Hier werden nun die wichtigsten Fragen zu den Orientierungspunkten beantwortet.

1. Was bedeutet „integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands“ für die SPD?

Die SPD denkt Steuern und Abgaben integriert. Das heißt: Sie gehören zusammen und müssen aufeinander abgestimmt werden. Es führt nicht weiter, nur auf die Belastung durch Steuern zu schauen, die für den Durchschnittsverdiener deutlich geringer ist als die Belastung durch Sozialabgaben. Wir betrachten Steuer- und Abgabepolitik nicht als Selbstzweck – unser Leitbild bleibt das soziale Deutschland: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat gerade für die Mittelschicht.

2. Was hat die SPD bislang im Bereich der Steuer- und Abgabenbelastung unternommen?

Die SPD-geführte Regierung Schröder hat den Eingangssteuersatz bei der Einkommenssteuer von 25,9% auf 15 % und den Spitzensteuersatz auf 42% gesenkt. Zahlreiche Steuerschlupflöcher wurden geschlossen. Mit der Unternehmenssteuerreform haben wir die Belastung von Unternehmen deutlich gesenkt. Nunmehr geht es darum, Steuern und Abgaben zusammen zu denken. Dies ist zukunftsorientierte Politik.

3. Finanzminister Peer Steinbrück und die SPD sprechen von Haushaltskonsolidierung bis 2011 und vom „handlungsfähigen Staat“. Was aber bedeutet dies?

Haushaltskonsolidierung ist für die SPD kein Selbstzweck. Durch einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt ab 2011 schaffen wir Spielräume für Zukunftsinvestitionen und die Senkung der Sozialabgaben. Handlungsfähiger Staat heißt: Wir finanzieren Zukunftsinvestitionen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen: So schaffen wir für vier Milliarden Euro 750.000 neue Betreuungsplätze für Kinder, damit Berufstätigkeit und Familie besser vereinbart werden können.

Die Sozialdemokraten haben sich dafür stark gemacht, dass der Etat für Forschung und Bildung um 10% erhöht wird, damit Deutschland seine Position als Spitzentechnologieland weiter ausbauen kann und es auch in Zukunft bei uns genug hervorragend ausgebildete Fachkräfte gibt.

4. Es ist ja richtig, dass die SPD an der Haushaltskonsolidierung bis 2011 festhält. Aber geht nicht beides – Festhalten an der Haushaltskonsolidierung und sofortige Steuer- oder Abgabensenkungen?

Nach der aktuellen Steuerschätzung werden bis 2011 Mehreinnahmen von insgesamt etwa 10 Milliarden Euro erwartet. Diesen stehen Ausgabenzuwächse gegenüber, die bereits beschlossen sind oder erwartet werden: die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst, stärker steigende Zuschüsse zur Rentenversicherung, die Erhöhung des Kinderzuschlags oder die bessere Berücksichtigung von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung. Wer diese Mehrausgaben unterschlägt, handelt unseriös.

5. Warum will die SPD die Sozialabgaben von heute knapp 40% auf unter 36% absenken, anstatt die Steuern zu senken?

Die SPD will vor allem die Leistungsträger der Gesellschaft – von den Müllwerkern über das Pflegepersonal bis hin zu Facharbeiterinnen und Facharbeitern – entlasten. Die Belastung dieser Berufsgruppen durch Sozialabgaben ist ungleich höher als durch Steuern: Ein verheirateter Angestellter mit 35.000 Euro Jahresbruttoverdienst zahlt fast 7.000 Euro an Sozialabgaben und nur etwas über 3.000 Euro Steuern! Bei 4% Absenkung macht dies bei 2.500 Euro im Monat 50 Euro Entlastung bei ihm aus! Durch die Progression kommen Steuerersenkungen vor allem Gutverdienern zu Gute, niedrigere Sozialabgaben nützen allen arbeitenden Menschen sowie arbeitsintensiven Unternehmen.

6. Führt die Absenkung der Sozialabgaben nicht dazu, dass die Unternehmen auch zu Hälfte entlastet werden?

Nicht alle Sozialabgaben werden paritätisch finanziert, so zahlen etwa bei der Kranken- und Pflegeversicherung die Arbeitnehmer mehr. Wir werden daher versuchen, bei der Absenkung die Parität dort wieder herzustellen. Bei den Unternehmen werden zudem 90 % als Personenunternehmen besteuert. Bei ihnen wird über die Änderungen der Reichensteuer zunächst mehr Belastung anfallen. Sie werden dann umso stärker entlastet, je arbeitsintensiver ihr Unternehmen ist. Das kommt vor allem dem Mittelstand und dem Handwerk zu Gute. Die Unternehmen auf diese Weise zu entlasten, stellt einen zusätzlichen Anreiz zur Einstellung von Beschäftigten dar.

7. Warum hat sich die SPD gerade die Marke „36%“ bei den Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzt?

Die Sozialabgabenbelastung lag letztmalig im Jahr 1989 unter 36 %. In der Folge hat die Regierung Kohl die Sozialabgaben auf 42,1% im Jahr 1998 hochgetrieben. Diese Fehlentwicklung haben wir korrigiert und die Abgabenbelastung auf 39,7 % gesenkt – z.B. dadurch, dass Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % im Jahr 2006 von uns auf 3,3 % herabgesetzt worden sind. Jetzt

geht es darum, die Abgabenbelastung bis 2020 weiter unter 36 % zu senken – bei gleichzeitigen Erhalt des bisherigen Niveaus der sozialen Sicherung.

8. Die Sozialabgaben ab 2011 senken und in die Zukunft investieren – das ist ja richtig. Aber macht die SPD denn überhaupt nichts, damit die Menschen auch kurzfristig „mehr Netto vom Brutto“ haben?

Die SPD wird dafür sorgen, dass die Menschen auch kurzfristig entlastet werden. Wir werden noch in diesem Jahr Vorschläge machen zur stärkeren Berücksichtigung von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung bei der Einkommenssteuer. Außerdem stellen wir im nächsten Jahr gezielt mehr Mittel für Familien bereit. Wir haben dazu im Rahmen der Kinderkonferenz, die die SPD am 16. Juni veranstaltet hat, konkrete Wege aufgezeigt. Unsere Grundsatz lautet: Jedes Kind ist uns gleich viel wert.

9. Wird die Senkung der Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen von der SPD ohne Leistungskürzungen vorgenommen?

Ja. Dies steht ausdrücklich im Konzept der SPD und wurde von Kurt Beck bei der Präsentation nochmals betont. Das heißt aber nicht, dass wir hier untätig bleiben. Wir entwickeln die Sozialversicherungssysteme weiter: Ziel der SPD bleibt die Bürgerversicherung bei der Krankenversicherung und eine intelligente Umverteilung innerhalb der Systeme. Wir wollen außerdem die Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung ausbauen, damit Menschen auch über die Gruppe der abhängig Beschäftigten hinaus die Chance erhalten, eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Außerdem denken wir über die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung nach, die nicht erst eingreift, wenn Arbeitslosigkeit droht, sondern den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung zum Ziel hat.

10. Wie will die SPD die Abgabensenkungen finanzieren?

Die SPD setzt auf drei Elemente: Wir stärken die Einnahmeseite. Wir nutzen zu erwartendes Steuermehraufkommen nach der Haushaltskonsolidierung. Wir setzen das Steuerrecht konsequent durch.

11. Was heißt Stärkung der Einnahmeseite? Noch höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürgern?

Nein! Im Saldo wird es nicht zu einer höheren Belastung der Bürgerinnen und Bürgern kommen. Wohl aber will die SPD innerhalb des Steuer- und Abgabensystems umschichten – im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit. Im Gegenzug zu Senkung der Abgaben wollen wir erreichen, dass die sog. Reichensteuer nicht erst bei einem Einkommen von 250.000 Euro für Alleinstehende bzw. 500.000 Euro für Verheiratete einsetzt, sondern bereits bei der Hälfte – nämlich 125.000 Euro bzw. 250.000 Euro. Auch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer wird die SPD prüfen. Dies ist ein deutlicher Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Deutschland.

12. Die SPD will das Steuerrecht durchsetzen und vereinfachen. Was ist darunter zu verstehen?

Jährlich gehen dem Fiskus allein bei der Umsatzsteuer mehr als 10 Milliarden Euro verloren. Zu den Maßnahmen, die wir planen, um genau dies zu verhindern, gehören zielgenauere Informationspflichten der Unternehmen, Verbesserungen und Verhinderung von Missbrauch beim Vorsteuerabzug und die Optimierung der Steuerfahndung. Wir werden den erfolgreich eingeschlagenen Weg zur Bekämpfung der Schwarzarbeit fortsetzen und die Kontrollen auch bei den Betriebsprüfungen in enger Zusammenarbeit mit den Ländern effektiver gestalten.

„Aufstieg und Gerechtigkeit. Impulse für Deutschlands Zukunft.“

Papier der SPD-Parteispitze zum Zukunftskonvent in Nürnberg

Zum Zukunftskonvent der SPD in Nürnberg vom 31. Mai 2008 hat die Parteispitze der SPD ein Papier mit dem Titel "Aufstieg und Gerechtigkeit. Impulse für Deutschlands Zukunft" vorgelegt. Über 3.000 Mitglieder und Sympathisanten haben das Papier in Nürnberg beraten.

"Sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen und die auseinander strebenden Kräfte der Gesellschaft neu zusammen zu führen", dies sei die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie, heißt es in dem Papier. "Wir wollen eine neue Aufstiegskultur, in der wir gemeinsam vorankommen und der Erfolg des Einzelnen zum Aufstieg der ganzen Gesellschaft beiträgt."

Ziel der SPD sei eine "durchlässige Gesellschaft der fairen Regeln", die eine sichere Existenz durch wirtschaftliche Stärke, gute Arbeit und gleiche Bildungschancen

ermöglichte. Diese Gesellschaft brauche den handlungsfähigen Staat, der Investitionen sichert und eine vorsorgende Sozialpolitik leiste. Dabei sei eine solide Haushaltspolitik die Grundvoraussetzung der nachhaltigen Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und der Generationensolidarität. Die Lasten zur Finanzierung dieses Staates müssten gerecht verteilt werden, heißt es in dem Papier. Dies sei der Kern des sozialdemokratischen Projekts "Aufstieg und Gerechtigkeit".

Impulse für Deutschlands Zukunft

Konkret bedeutet diese Politik für die solidarische Mehrheit in Deutschland:

- "Es gilt, die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Es

geht um nachhaltiges Wachstum und ökologische Erneuerung.

- Es gilt, die Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen. Es geht um gute Arbeit für alle. Vollbeschäftigung ist möglich.
- Es gilt, nicht die Angst vor dem Abstieg zu beklagen, sondern sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen. Es geht um gleiche Lebenschancen und Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg.
- Es gilt, die Ungerechtigkeit bei der Bewertung von Leistung und der Verteilung von Lasten nicht nur an-

zuprangern, sondern Leistungsgerechtigkeit gegen egoistische Klientelinteressen durchzusetzen.

- Es gilt, nicht nur die Risiken der Globalisierung zu beschreiben, sondern Deutschland und Europa als Friedensmacht zu stärken und eine neue Entspannungspolitik voranzubringen. Wir werden die Chancen der Globalisierung nutzen, indem wir an einer Kultur des Dialogs und der Entwicklung gemeinsamer Interessen arbeiten. Die Stärkung der sozialen Dimension innerhalb Europas ist ein wichtiger Baustein für eine friedliche und gerechte Weltordnung."

Das Papier ist im Internet abrufbar unter: www.spd.de/show/1749147/impuls_nuernberg.pdf

BUCHVORSTELLUNG

Geschichte der deutschen und niederländischen Sozialdemokratie

Dr. Marc Drögemöller, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Martin Dörmann, untersucht in seinem neuen Buch die Beziehungen zwischen SPD und Partij van de Arbeid

Verwandschaftliche Beziehungen führten **Dr. Marc Drögemöller** (geb. 1975) von Kindesbeinen an in die Niederlande. Das natürliche Interesse an Land, Leuten und der politischen Kultur steigerte sich zu einer engen Verbindung mit häufigen Besuchen und einem Studienaufenthalt in Amsterdam.



Aus der Nähe zur Sozialdemokratie entstand die Idee, das besondere Verhältnis zwischen den beiden Schwesterparteien SPD und Partij van de Arbeid (PvdA) aufzuspüren und darzustellen. Das Ergebnis ist nun in Buchform erschienen, eine leicht gekürzte Fassung seiner Dissertation aus dem Jahr 2005.

Die beiden Vorsitzenden von SPD und *Partij van de Arbeid* (PvdA), **Kurt Beck** und der niederländische Finanzminister und Vize-Premier **Wouter Bos** haben das Vorwort geschrieben. Sie erinnern daran, dass die traditionell sehr engen Beziehungen der beiden Schwesterparteien auch heute noch intensiv sind.

Dabei war die Wiederbelebung der gegenseitigen Kontakte nach Krieg und Besatzungszeit nicht ganz unproblematisch. Zwischen Unbehagen und Misstrauen auf der einen und der Einsicht zu notwendiger Zusammenarbeit auf der anderen Seite

versuchten die Schwesterparteien, politische Verantwortung für ihre beiden Länder und die Zukunft Europas zu übernehmen. Ihr Verhältnis zueinander hatte nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Anteil an der Versöhnung zwischen Deutschen und Niederländern.

Marc Drögemöller untersucht die außen-, sicherheits- und europapolitischen Motive von deutscher und niederländischer Sozialdemokratie zwischen 1945 und 1990, beleuchtet ihre gegenseitigen Beziehungen und setzt sich mit ihrer programmatischen Entwicklung auseinander. Wie intensiv der Dialog u.a. um die Zukunft des geteilten Deutschlands oder die europäische Integration geführt wurde, hing auch immer wieder von den Beziehungen der führenden Politiker ab: Erich Ollenhauer und Koos Vorrink, Willy Brandt und Joop den Uyl, Helmut Schmidt und Max van der Stoep. Ihre Kontakte werden näher untersucht.



Marc Drögemöller mit dem stellv. SPD-Vorsitzenden Peer Steinbrück

Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945-1990
385 Seiten, Broschur, ISBN 978-3-86602-139-6,
Verlag vorwärts buch, € 29,95

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind 35 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Andrea Nahles

Stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD

Biografie

Geboren am 20. Juni 1970 in Mendig (Rheinland-Pfalz); katholisch; ledig.



Beruflicher Werdegang

Abitur 1989 am Gymnasium in Mayen, Studium der Politik, Philosophie und Germanistik (M.A.) an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Abschluss als Literaturwissenschaftlerin M.A.

Politischer Werdegang

- 1988** Eintritt in die SPD
- 1989** Gründung des SPD-Ortsvereins Weiler
- 1993 bis 1995** Landesvorsitzende der Jusos in Rheinland-Pfalz
- 1995 bis 1999** Bundesvorsitzende der Jusos
- seit 1997** Mitglied im SPD-Parteivorstand
- 1998 bis 2002** Mitglied des Bundestages.
- seit November 1999** Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Mayen-Koblenz
- seit Mai 2000** Mitbegründerin und Vorsitzende vom Forum Demokratische Linke 21
- seit 2003** Mitglied im Präsidium der SPD
- seit 2005** Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit 2007** stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

10 persönliche Fragen an Andrea Nahles

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Meine Vorbilder tragen keine großen Namen. Der eine war mein Geschichtslehrer, der andere war Vorgänger als Kreisvorsitzender der SPD-Mayen-Koblenz. Gute, die viel für die SPD tun, ohne groß darüber zu reden.

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

G. W. Bush – um ihm mal die Meinung zu sagen. Obwohl das sich bald erledigt hat.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Schweden

4. Ihre Leidenschaften?

Reiten, Lesen und natürlich Politik.

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen.

6. Ihre Lieblingsfilme?

Mantel- und Degen-Filme aller Art

7. Ihre Lieblingsmusik/Lieblingssänger?

Carla Bruni

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Meinen Mann

9. Ihre Lieblingsbücher?

Heinrich Heine von A bis Z

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Mich, meinen Bruder, die Pfälzer und nicht zuletzt die Saarländer.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008

Sitzungswochen sind die 3., 4., 7., 8., 10., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 26., 38., 39., 42., 46., 48., 49. und 51. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort stellv. Sprecher und Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine **Homepage www.martin-doermann.de**

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Mitarbeiter: Marco Pagano,

Lisa Quensel

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 169 195-77

Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail: [koelner-spd-](mailto:koelner-spd-mdb@netcolgne.de)

mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller

Bildnachweis: Sabine Meyer/www.PIXELIO.de (Seite 1), Deutscher Bundestag (Seiten 2, 12, 17), SPD-Parteivorstand (Seite 17).

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de.

